

# Braunschweiger Volksfreund

Nr. 3/2007

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Oktober / November 2007

## Braunschweig-Pass: Teilhabe statt Ausgrenzung

Hier gibt es nur Gewinner – Nutzer und Einrichtungen können vom neuen Braunschweig-Pass profitieren.

In Braunschweig gibt es sozial Benachteiligte, die zunehmend aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden, weil sie arm sind und sich vieles nicht mehr leisten können. Davon betroffen sind häufig Familien mit Kindern. „Immer mehr Menschen wenden sich an die sozialen Einrichtungen, deren Möglichkeiten zur Hilfe jedoch eingeschränkt sind“, stellt SPD-Ratsfrau Gabriele Hübner, Sozialausschussvorsitzende der Stadt, fest. „Schon seit einiger Zeit berichten Vertreter dieser Einrichtungen von der schwierigen Situation nicht nur von Arbeitslosen, sondern auch Geringverdienern.“

Die SPD-Ratsfraktion will diesen Menschen helfen und sieht die Kommune in der Pflicht. Nach dem Motto: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ suchte sie nach kreativen Ideen, die helfen können, ohne die Stadtkasse übermäßig zu belasten. In Köln wurde sie fündig: Hier bietet der „Köln-Pass“ seit Januar 2007 den Kölnern eine Vielzahl von Vergünstigungen sowohl in städtischen Einrichtungen als auch von privaten Anbietern. Sie lud den Kölner Ratsherrn Walter Kluth zu einer Podiumsdiskussion ein, in der über die Umsetzungsmöglichkeiten in Braunschweig diskutiert wurde. Die Anwesenden begrüßten die Idee eines „Braunschweig-Passes“ nach dem Kölner Vorbild sehr.



■ Ratsfrau Gabriele Hübner (SPD) sieht gute Chancen für einen Braunschweig-Pass nach dem Kölner Modell.

Beide Seiten gewinnen: die Einrichtungen mit einer besseren Auslastung und die Nutzer mit einem preisgünstigeren Angebot, welches sie sich ohne Ermäßigung nicht hätten leisten können. Deshalb sieht Gabriele Hübner auch gute Chancen für das Modell in Braunschweig. Sie will jetzt für das Konzept des Braunschweig-Passes werben und Gespräche mit Verantwortlichen verschiedener Einrichtungen führen, um über die Möglichkeiten einer einheitlichen Regelung für Vergünstigungen zu sprechen.

Auch die Stadt hat inzwischen reagiert. Allerdings greifen die Vorschläge zu kurz: „Ein kostenloser Schwimmbadbesuch pro Monat für sozial benachteiligte Kinder hilft hier nicht weiter. Wahrscheinlich scheitert ein Besuch dann an dem Eintrittsgeld für die erwachsene Begleitperson. Uns geht es um ein breites Angebot für alle sozial Benachteiligten, die sich durch ermäßigte Eintrittsgelder eine gesellschaftliche Teilhabe wieder leisten können und damit die Besucherzahlen erhöhen“, erläutert Gabriele Hübner den Ansatz der SPD-Ratsfraktion.

Aufgabe der Stadt soll es sein, für die Teilnahme am Braunschweig-Pass zu werben, anschließend mögliche Nutzer über gewährte Vergünstigungen zu informieren und Berechtigten den Pass auszustellen. Dieser könnte dann in Form einer Scheckkarte ausgehändigt werden. „Wir sehen die Stadt jetzt in der Pflicht. Hier entscheidet der politische Wille; denn Kostengründe dürften bei diesem Modell keine Rolle mehr spielen“, ist sich Gabriele Hübner sicher. Die SPD-Ratsfraktion bereitet entsprechende Haushaltsanträge vor, die eine Umsetzung für 2008 sichern sollen.

## Die Ratsmehrheit ist am Zuge

Von Manfred Pesditschek,  
Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

■ Im Jahre 2002 kam das Aus für den Braunschweig-Pass, der Sozialhilfeempfängern gegen eine angemessene Selbstbeteiligung die Nutzung von Bussen und Bahnen und den Eintritt in die städtischen Bäder sowie andere öffentliche Einrichtungen gewährte: Er fiel der unsozialen Sparpolitik von CDU-OB Dr. Hoffmann zum Opfer. Alle Proteste waren vergeblich ...

Auf einmal ist alles anders: Die Initiative der SPD, den Pass in neuer Form wieder einzuführen, stößt auf breite Resonanz. Und das liegt nicht nur daran, dass diese Form ohne Belastung des städtischen Haushaltes auskommen soll.

*Offensichtlich hat sich bei vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, aber auch der veröffentlichten Meinung, die Einsicht durchgesetzt, dass die Teilhabe am öffentlichen Leben ein Menschenrecht ist, das man auch Empfängern von Sozialhilfe und vor allem deren Kindern nicht vorenthalten darf – eine Einsicht, die die SPD-Ratsfraktion lange vergeblich zu vermitteln versuchte.*

*Besonders erfreulich ist die hohe Bereitschaft von Verbänden, Unternehmen und Institutionen, sich am Braunschweig-Pass zu beteiligen. Jetzt sind die Ratsmehrheit und Dr. Hoffmann am Zuge. Wenn auch sie über ihren Schatten springen können, steht einem neuen Braunschweig-Pass nichts mehr im Wege.*



## SPD-Landespolitiker für Verbraucherberatungsstelle in Braunschweig Kemper, Bachmann und Schilff: Verbraucherberatung dringend erforderlich

■ In Braunschweig, der zweitgrößten Stadt Niedersachsens, gibt es seit 2002 keine Verbraucherberatungsstelle mehr. Auf Drängen des Oberbürgermeisters hat die CDU/FDP-Ratsfraktion den vergleichsweise bescheidenen Zuschuss von 18 000 Euro Zuschuss gestrichen. Allein die Fehlplanungen und Pannen mit der Quadriga für die Schlossarkaden dürften wesentlich mehr gekostet haben und noch immer kosten.

Für die Bürgerinnen und Bürger ist eine Verbraucherberatung unverzichtbar. Wenn jetzt besonders ältere oder weniger flexible Mensch durch betrügerische Telefon-Verträge oder Haustür-Geschäfte in ungewollte Zahlungsverpflichtungen geraten, sind sie diesen Machenschaften ungeschützt ausgeliefert, denn einen Anwalt kann sich dieser Personenkreis oft nicht leisten.

Die SPD in Braunschweig fordert seit langem, dass eine Verbraucherberatungsstelle wieder eingerichtet wird. Die SPD-Ratsfraktion

fordert, die notwendigen Mittel in den Haushalt der Stadt für das nächste Jahr und darüber hinaus einzuplanen.

Weitere Hilfe deutet sich nun aus dem Landtag an. Der Braunschweiger Landtagsabgeordnete der SPD, Klaus-Peter Bachmann, sowie die Landtagskandidatin Kirsten Kemper und ihr Kollege Dietmar Schilff haben in einer eingehend begründeten Erklärung gefordert, die Beratungsstelle in Braunschweig wieder einzurichten.

Die drei SPD-Politiker sind sich einig, alles zu tun, um dieses ständig nachgefragte Beratungsangebot wieder in Braunschweig zu realisieren. „Die Menschen rennen uns mit dieser Forderung die Türen ein“, betont Bachmann.

„Der Oberbürgermeister und die Ratsmehrheit sind mehr als gefordert. Im Vergleich zur Finanzierungsbeteiligung in anderen Städten müsste die Stadt Braunschweig rund 70 Prozent der entstehenden Kosten aufbringen.“

### Verbraucherzentralen in Süd-Ost Niedersachsen



■ Braunschweig darf kein weißer Fleck bleiben! Seit nunmehr 5 Jahren werden Hilfe suchende Bürgerinnen und Bürger auf der Web-Seite der Stadt Braunschweig auf die Beratungszentren in Wolfsburg, Peine, Celle oder Hannover verwiesen. Eine Schande für das Oberzentrum!

## Landesregierung für schlechte Stimmung bei der Polizei verantwortlich

Innenminister Schünemann (CDU) brüstet sich, mit den Einsparungen die Einführung des Digitalfunks zu finanzieren.

Die SPD-Landtagsabgeordneten des Arbeitskreises Innenpolitik waren auf Initiative ihres Braunschweiger Kollegen Klaus-Peter Bachmann in den Heidelberg gekommen, um sich vor Ort ein Bild von den Auswirkungen der Polizeireform der CDU/FDP-Landesregierung zu machen. Sie besuchten die Polizeistation im Heidelberg, die von diesen Veränderungen betroffen ist, da sie den Status eines Kommissariats verlor. Das bedeutet beispielsweise, dass sie nachts und am Wochenende nicht mehr besetzt ist.

In der folgenden öffentlichen Veranstaltung im Restaurant des Hochhauses i-Punkt informierten die Politiker zusammen mit Vertretern der Polizeigewerkschaften über 120 interessierte Bürger und beantworteten Fragen zum Thema Sicherheit sowie zur Polizeireform. Der frühere SPD-Innenminister Heiner Bartling, der Braunschweig seit seiner Studienzeit kennt, kritisierte den derzeitigen CDU-Innenminister Schünemann. Dieser lobte seine sogenannte Polizeireform ständig überschwänglich, habe aber bisher keine Studien oder Mitarbeiterbefragungen durchgeführt, die einen Erfolg belegen könnten.

Die Stimmung unter den Polizeibeamtinnen und -beamten sei schlecht, berichteten die Ver-



■ Der ehemalige Innenminister Niedersachsens, Heiner Bartling (SPD), kritisiert seinen Nachfolger Schünemann (CDU) scharf. Er will die negativen Auswirkungen der Polizeireformen korrigieren.  
*Foto M. Stoffregen*

treter der Gewerkschaften. Das Weihnachts- und Urlaubsgeld wurden gestrichen und die Lebensarbeitszeit verlängert. Schünemann brüstete sich sogar damit, dass er durch diese Einsparung die Einführung des Digitalfunks finanziere. Dietmar Schilff, stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und SPD-Landtagskandidat, bemängelte die Arbeitsverdichtung bei den Kolleginnen und Kollegen. Die Stimmung unter ihnen sei „katastrophal“, so das Ergebnis einer Befragung der GdP.

Klaus-Peter Bachmann erinnerte daran, dass im Zuge der sogenannten Reform die Landesregierung 100 Beamte aus Braunschweig abgezogen habe, um sie auf dem flachen Land einzusetzen, wo aber erfahrungsgemäß weniger Verbrechen passieren. Heiner Bartling kommentierte diese Auswirkung der Reform so: Es gebe nun auf dem Land genug Polizisten, um „den Zusammenstoß von zwei Kühen auf der grünen Weide“ zu protokollieren. Er forderte, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, eine bessere Ausstattung der Polizei, statt ständig neuer, teils absurder Vorschläge zur Terroristenbekämpfung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble.

# Sinneswandel oder Wählertäuschung?

## Ändert die CDU vor der Landtagswahl ihre Haltung zur Gesamtschule?

■ Wie der Volksfreund in seiner Juni-Ausgabe berichtete, wurden an den Braunschweiger Gesamtschulen über 300 Kinder mehr angemeldet, als an diesen Schulen Plätze vorhanden sind. Die drei in Braunschweig bisher vorhandenen Integrierten Gesamtschulen (IGS) mussten die Aufnahme dieser Kinder ablehnen, die dann gegen den Elternwillen statt auf eine IGS auf eine Haupt- oder Realschule oder auf das Gymnasium wechseln mussten. Weil CDU und FDP im Landtag ein Errichtungsverbot für neue Gesamtschulen in das Schulgesetz eingefügt haben, ist die Errichtung einer weiteren IGS in Braunschweig derzeit nicht möglich.

Den gleichen Zustand wie in Braunschweig gibt es landesweit. An der IGS Schaumburg mussten 78 Prozent der Bewerber abgelehnt werden, in Wilhelmshaven 55 Prozent, in Hildesheim 52 Prozent, in Göttingen 45 Prozent und und und ... Insgesamt lagen für die rund 4000 Plätze an Gesamtschulen über 6000 Anmeldungen vor. Über 2000 Kinder mussten abgelehnt werden – zur erheblichen Verärgerung und Enttäuschung bei den betroffenen Eltern und Kindern. Das Echo in Presse, Rundfunk und Fernsehen war verheerend, und das so kurz vor den Landtagswahlen im Januar.

Als erster ruderte Kultusminister Busemann zurück. Noch im Juni hatte er erklärt, er fahre mit offenem Fenster durch Niedersachsen und habe nirgends den Ruf nach einer weiteren Gesamtschule vernommen. Nun stellte er fest, die Gesamtschulen könnten ja bis zu 8 Parallelklassen im Jahrgang aufmachen statt der vier bis sechs, wie es bisher meist der Fall sei – wohl in der Absicht, dann wie in der Vergangenheit vor solchen Mammutschulen warnen zu können. Das Echo auf diesen scheinheiligen Vorschlag war entsprechend.

Dann zog Ministerpräsident Wulff die Not-



Das Foto zeigt die Gesamtschule in Querum: Seit Jahren missachtet die CDU/FDP-Landesregierung mit ihrem Errichtungsverbot für neue Gesamtschulen landesweit den Wunsch von vielen tausend Eltern, Schülerinnen und Schülern.

bremse und erklärte urplötzlich seine Bereitschaft, das Schulgesetz wieder zu ändern und neue Gesamtschulen zuzulassen – natürlich erst nach der Wahl und unter so einschränkenden Bedingungen, dass es kaum zu neuen Gesamtschulen kommen kann. Für die CDU – mit ihrer ideologisch begründeten totalen Ablehnung von gemeinsamen Schulen für alle – war das ein mittleres bildungspolitisches Erdbeben. Dennoch stellten sich seine Parteifreunde hinter Herrn Wulff und äußerten ihre Kritik nur hinter vorgehaltener Hand. Ja, ja, die Angst vor den Wählerinnen und Wählern führt zu seltsamen Politikschwenks!

Es ist für alle Eltern wichtig, dass noch vor der Landtagswahl hier Klarheit geschaffen wird.

Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion den Antrag in den Landtag eingebracht, das Errichtungsverbot für Gesamtschulen aus dem Schulgesetz zu streichen. Und die SPD-Ratsfraktion hat beantragt, in Braunschweig in einem bestehenden Schulgebäude eine Gesamtschule so als Außenstelle einer bestehenden IGS einzurichten, dass sie nach Fortfall des Errichtungsverbot als selbständige vierte Gesamtschule fortgeführt werden kann. An der Reaktion von CDU und FDP auf diese Initiativen wird man feststellen können, ob sich diese Parteien tatsächlich für Toleranz und Fortschritt im Bildungssystem entscheiden oder ob das Ganze nur der Versuch ist, den Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen zu streuen.

## Stadt spart zu Lasten der Schulwegsicherheit

### Verkehrs-AG wurde ausgebootet

**D**a staunten Eltern und Kinder nicht schlecht: Mit dem neuen Schuljahr kommt bei ihnen nicht mehr der gewohnte Schulbus der Braunschweiger Verkehrs-AG, sondern ein anderes Unternehmen – häufig erkennbar an betagten Fahrzeugen. „Warum?“ fragen sie zu Recht.

Die Begründung: die Stadtverwaltung hatte im Sommer 2007 entschieden, Schulbusverkehr für Grundschüler nicht mehr wie gewohnt von der Verkehrs-AG durchführen zu lassen, sondern öffentlich auszuschreiben, weil das billiger sei. Dabei wurde auch darauf verzichtet, Qualitäts-

standards festzulegen – wie Alter und Ausstattung der Fahrzeuge oder Tarifbindung für das Unternehmen. Sicherheitshalber wurde der Rat der Stadt von dieser Absicht nicht informiert.

So landeten 8 von 13 Schulbustouren nicht bei der Verkehrs-AG, sondern bei anderen Anbietern. Ein Unternehmen, das Niedriglöhne zahlt und mit alten Omnibussen fährt, kann natürlich niedrigere Preise anbieten als ein Unternehmen, das Tariflöhne zahlt und moderne Omnibusse einsetzt. Dass die Verkehrs-AG bei fünf Linien dennoch das günstigste Angebot abgab und den Auftrag erhielt, zeigt die hohe wirtschaftliche Leis-

tungsfähigkeit des stadt eigenen Unternehmens.

Für einen Skandal hält das Manfred Pesditschek, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion. „Die Stadt führt den öffentlichen Nahverkehr in Braunschweig mit dem stadt eigenen Unternehmen Verkehrs-AG durch, um mit qualifizierten Mitarbeitern, modernen Fahrzeugen und konsequenter Dienstaufsicht einen hohen Sicherheits- und Qualitätsstandard garantieren zu können. Dass das ausgerechnet bei den Jüngsten, den Kindern im Grundschulalter, so hintangestellt wird, ist unverantwortlich“, erklärt der Politiker.

# „Herbst-Spezial“ 2007

■ Liebe Braunschweigerinnen, liebe Braunschweiger, wir freuen uns, Ihnen auch in diesem Jahr wieder ein „Herbst-Spezial“-Programm anbieten zu können. Genießen Sie Braunschweig im Herbst mit der SPD!

► Freitag, 19.10. 18.00 Uhr  
**Laterne, Laterne ... Sonne, Mond und Sterne**  
 Laternenumzug mit Musik,  
 Treff: Dorfgemeinschaftshaus Broitzem

► Samstag, 20.10. 18.30 Uhr  
**Fröhliches Weinfest mit Zwiebelkuchen und Live-Musik**  
 im Gemeinschaftshaus Weststadt, Ludwig-Winter-Straße.

► Dienstag, 23.10. 19.30 Uhr  
**Planeten, Sterne und mehr....**  
 – Besuch der Sternwarte Hondelage,  
 Treff: In den Heistern 5 b, Hinter der Feuerwehr

► Montag, 22.10. 10.00 Uhr  
**Radtour durch Felder und Wälder des Wendeburger und Vechelder Landes**  
 – danach Wildbuffetessen in Benters Schlemmerdeel, Vechelde (18.00 Uhr),  
 Treff: Alsterplatz und um 10.15 Uhr Zwiebelturmkirche Timmerlah, *Kostenbeitrag 12,- Euro*

► Montag, 22.10. 16.00 Uhr  
**Energiekosten halbieren mit Solarheizsystemen**  
 Besichtigung der Nullemissionsfabrik SOLVIS,  
 Treff: Grotrian-Steinweg-Straße 12, Haupteingang

► Mittwoch, 24.10. 14.00 Uhr  
**Radtour zur Laubfärbung (ca. 40 km)**  
 – danach Einkehr, Treff: ehem. FBZ, Nimesstraße

► Donnerstag, 25.10. 14.00 Uhr  
**Noch acht Wochen bis Weihnachten!**  
 – Wir basteln für die Adventszeit,  
 Treffpunkt: Schloßstraße 8, 3. Etage (SPD)

## Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger haben die Gelegenheit, ihr Anliegen mit den Abgeordneten zu besprechen. Die Bürgersprechstunden finden statt im SPD-Büro in der Schlossstraße 8, 3. OG.

Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind:

- **Dr. Carola Reimann, MdB:**  
– Donnerstag, 22. November, 9 - 17 Uhr
- **Isolde Saalman, MdL:**  
– Montag, 12. November, 16 – 17 Uhr
- **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**  
– Donnerstag, 25. Oktober, ab 14.30 Uhr  
– Donnerstag, 6. Dezember, ab 14.30 Uhr

**Wegen beschränkter Teilnehmerzahl ist bei allen Programmpunkten Anmeldung unter Telefon 4 80 98-21 erforderlich.**

► Freitag, 26.10. 14.00 Uhr  
**Unbekanntes Arboretum in Riddagshausen**  
 – Ein Rundgang mit dem Revierförster und „Einkehr“ im Waldforum, Treff: Endstation der Bus-Linie 418

► Samstag, 27.10. 7.00 Uhr  
**Busfahrt für Nichtradler und Radler**  
 zum größten europäischen Kranichrastplatz bei Linum im Rhinluch, nahe Berlin – Beobachtung der Abendeinflüge der Kraniche.  
 Treff: Timmerlah, Zwiebelturmkirche und 7.15 Uhr BS-Wilhelmstraße, *Fahrtkosten 30,- Euro*

► Samstag, 27.10. 10.00 Uhr  
**Industriegeschichte hautnah erleben**  
 Ein Rundgang mit kundiger Führung durch das erste Industriequartier im Südwesten der Stadt,  
 Treff: Eingang BMA, Am alten Bahnhof 5

► Montag, 29.10. 8.30 Uhr  
**Schacht Konrad**  
 – Befahrung der Schachtanlage Konrad,  
 Treff: SZ-Bleckenstedt, Schachtanlage/Pförtner

► Dienstag, 30.10. 16.00 Uhr  
**Braunschweigs schönster Turm**  
 – Besichtigung des Wasserturms,  
 Treff: Eingang Giersbergstraße

► Dienstag, 30.10. 17.00 Uhr  
**Salben, Pflaster, Pillen**  
 – wie kommen die Medikamente zu uns?  
 Treffpunkt: Pharma-Großhandlung Kehr, Sudenstr. 8, Pförtner/Haupteingang

► Mittwoch, 31.10. 9.00 Uhr  
**Hier wird Politik gemacht**  
 – Fahrt in den Niedersächsischen Landtag,  
 Treffpunkt: Hauptbahnhof BS am Servicepoint

► Mittwoch, 31.10. 20.00 Uhr  
**„Unsere Tageszeitung“ – bei Nacht besehen**  
 – Besuch der Braunschweiger Zeitung,  
 Treff: Pförtner, Parkplatz Mittelweg

► Donnerstag, 01.11.07 18.00 Uhr  
**Mit dem Nachtwächter durch das Magniviertel**  
 Treffpunkt: Städtisches Museum

► Samstag, 03.11. 17.00 Uhr  
**Lampionumzug in Rünigen**  
 mit Leierkastenmusik, Treff: Alte Schule Rünigen

► Montag, 12.11. 17.30 Uhr  
**Laterne, Laterne ... Sonne, Mond und Sterne**  
 – Laternenumzug mit Musik,  
 Treffpunkt: Vor der Kita Schefflerstraße

## Mindestlohn ist ein Stück Gerechtigkeit

Von Kirsten Kemper,  
 SPD-Kandidatin für den Landtag

■ *Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es uns allen gut. Wer kennt diesen Spruch nicht? Viele haben über Jahrzehnte daran geglaubt.*

*Nun stellen wir fest, das es der Wirtschaft wieder besser geht, aber das kommt zum großen Teil nicht in den Taschen der Beschäftigten an. Wir erkennen, dass Unternehmen ihre Beschäftigten an den wachsenden Gewinnen nicht angemessen beteiligen.*

*Am Freitag, den 31. August war der „Mindestlohn-Truck“ der Gewerkschaften „ver.di“ und „NGG“ auf dem Kohlmarkt zu Gast. Die Ausstellung stellte eindrucksvoll dar, dass sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, teilweise sogar bei Vollzeitbeschäftigung, auf ergänzende Leistungen des Staates angewiesen sind. Insgesamt soll das 2 Millionen Menschen in unserem Land betreffen.*

*Für mich ist es ein Skandal, dass Unternehmen auf Kosten der Allgemeinheit ihre Gewinne maximieren. Wir sind kein Billiglohnland, werden es niemals sein können. Für ehrliche Arbeit muss auch ein ehrlicher, angemessener Lohn gezahlt werden. Ich unterstütze daher einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde. Wohl gemerkt, das ist der Mindeststandard, die Tarifautonomie geht damit keinesfalls verloren. Auch weiterhin sollen und werden die Einzelgewerkschaften in ihren Bereichen für ein gerechtes Tarifsysteem streiten.*

*Das Schreckgespenst, mit dem Mindestlohn gingen Arbeitsplätze verloren, ist ein Märchen. Die Arbeitsleistung der Verkäuferinnen, der Restaurantfachkräfte, der Reinigungskräfte, der Pflegekräfte usw. kann nicht ins billige Ausland verlagert werden, sie muss hier vor Ort getan werden.*

*Solange es aufgrund der Blockade der CDU zu keiner Regelung kommt, sind wir im Land und den Kommunen gefordert. Keine öffentlichen Aufträge mehr an Unternehmen, die keinen Mindestlohn zahlen, das ist meine Forderung.*

## Impressum

Braunschweiger Volksfreund

**Herausgeber:** SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig  
**Internet:** www.spd-braunschweig.de  
**Redaktion:** Detlef Kühn (VidP), Alexander Gräbner, Manfred Pesditschek, Sigrid Herrmann,  
**Druck:** bs-druck, Braunschweig  
**Erscheinungsweise:** vierteljährlich, Auflage: 53 000  
**Bankverbindung/Spendenkonto** des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11

**SPD**